JCSW 38 (1997): 136–152, Quelle: www.jcsw.de

PETER ULRICH

Arbeitspolitik jenseits des neoliberalen Ökonomismus – das Kernstück einer lebensdienlichen Sozialpolitik

I. Das Rezept der neoliberalen (Nicht-) Beschäftigungspolitik: Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Das Problem der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in praktisch allen Ländern der Welt stellt eine epochale wirtschafts- und sozialethische Herausforderung dar, an deren Bewältigung sich die Legitimität einer marktwirtschaftlichen Ordnung bald wird zeigen müssen; resigniert die real existierende Wirtschaftsordnung, die sich (noch) Soziale Marktwirtschaft nennt, vor dem sogenannten Beschäftigungsproblem, so wird sie über kurz oder lang in irreparabler Weise diskreditiert.

Nur kurz sei zunächst die Faktenlage in Erinnerung gerufen. Seit Jahrzehnten steigen die Arbeitslosenzahlen international mit den Konjunkturzyklen treppenstufenförmig an. In der Rezession nimmt die Arbeitslosigkeit infolge forcierter Rationalisierungsmaßnahmen in den Firmen (»Downsizing«) – und zunehmend auch in den staatlichen Verwaltungen – jeweils sprunghaft zu, doch im nachfolgenden Aufschwung kommt es i. d. R. nur zu einem vergleichsweise flachen Anstieg oder gar nur zu einer Stagnation des Beschäftigungsniveaus (jobloses Wirtschaftswachstum). Überlagert werden die – in der gewohnten Form in Zukunft möglicherweise kaum mehr auftretenden – Konjunkturzyklen derzeit von einem tiefgreifenden technologischen Strukturwandel zum einen und der Globalisierung der Märkte zum andern. Je rascher der volkswirtschaftliche Strukturwandel vor sich geht, um so höher steigt tendenziell die (nicht bloß konjunkturelle, sondern strukturelle) »Sockelarbeitslosigkeit« und mit ihr der Anteil Langzeitarbeitsloser. Allein in den OECD-Ländern ist die Gesamtzahl der Erwerbslosen mittlerweile bei rund 35 Millionen angelangt, von den Verhältnissen im globalen Maßstab (über 800 Millionen Erwerbslose oder Unterbeschäftigte nach neuesten Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf) ganz zu schweigen. Anzeichen einer durchgreifenden Trendwende sind nicht zu erkennen.

Wie reagieren die *Mainstream Economics* und die offizielle Wirtschaftspolitik auf diese ungute Lage der Dinge? Sowohl die Wirtschaftstheorie

als auch die Politik setzen seit der weltweiten neoliberalen Wende, die mit *Thatcherism* in Großbritannien und *Reagonomics* in den USA begann und mittlerweile auch sämtliche europäische Länder nahezu unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung ihrer Regierungen eingeholt hat, mehr denn je unisono auf Wirtschaftswachstum als Generalrezept zur Lösung des Problems, soweit sie es nicht einfach resignierend »aussitzen« oder das Traktandum insgeheim vertagen möchten, bis es sich im Laufe des kommenden Jahrhunderts aus demographischen Gründen (sinkender Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) angeblich von selbst erledigen wird. Realiter bedeutet das, daß bis dahin eine andere, rascher greifende Form der »Problemlösung« in Kauf genommen wird: die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Bürger erster Klasse (mit stabilen, qualifizierten Berufspositionen) und solche zweiter Klasse (in unstabilen, schlecht bezahlten Gelegenheitsjobs oder ganz Erwerbslose) samt der daraus resultierenden Explosion der sozialen Folgekosten (Arbeitslosenversicherung, Fürsorge, sozialtherapeutische und medizinische Betreuung der »Freigestellten«). Die ebenfalls fast überall leeren Staatskassen lassen es inzwischen sogar fraglich erscheinen, ob die sozialstaatlichen Netze der daraus resultierenden gewaltigen Belastung standhalten oder aber reißen.

Während die Realpolitik der skandalösen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mehr oder weniger orientierungs- und ratlos gegenübersteht, *glauben* die Gralshüter der neoliberalen Doktrin unbeirrt an die Rezeptur, die sie seit nunmehr etwa 15 Jahren ganz unbeeindruckt von ihren äußerst zweifelhaften empirischen Erfolgen verkünden. *Mehr Markt!* heißt ihr Generalrezept. Dementsprechend fordern sie bei jeder Gelegenheit die »Deregulierung« und »Liberalisierung« der Märkte, auch und ganz besonders des Arbeitsmarktes. Der Leiter der Wirtschaftsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung – des offiziösen Leibblatts der Neoliberalen in der Schweiz, das auch in einschlägigen Kreisen Deutschlands und Österreichs rege gelesen wird – hat die von dieser Seite empfohlene Mixtur an »nötigen« Maßnahmen kürzlich klipp und klar zusammengefaßt. Diese umfassen

»eine Senkung der Mindestlöhne, größere Lohndifferenzen, eine Entkartellisierung des Arbeitsmarktes, eine Lockerung des Arbeiterschutzes, eine knappere Bemessung des Arbeitslosengeldes und weitere Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt flexibler, die Einstellung von Arbeitskräften leichter und die Suche nach Arbeit relativ zur Arbeitslosigkeit attraktiver machten«.[1]

[1] *Gerhard Schwarz*, Wie uns die Arbeit nicht ausgeht, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 81 vom 6./7. April 1996, 21.

Die Botschaft ist unmißverständlich: Damit die »Beschäftigung« von Arbeitnehmern für die Arbeitgeber, die heute unter dem (Lohn-) Kostendruck des globalen Wettbewerbs stehen, sich »lohnt« und so »Arbeitsplätze geschaffen« werden können, muß offenbar die Entstehung einer neuen Schicht von *working poor* hingenommen werden, das heißt von Menschen, die zwar einen »Job« haben, dessen schlechte Entlohnung jedoch ohne zusätzliche Nebeneinkommen oder staatliche Unterstützung nur ein Leben in mehr oder weniger entwürdigender Armut zuläßt – als der angebliche Preis zur Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit. Sollte das Rezept nicht funktionieren, so hätten wir allerdings in seiner Folge schlicht beide Probleme, Massenarbeitslosigkeit *und* zusätzlich eine immer steilere Einkommens- und Vermögensverteilung: unten eine wachsende Schicht sozial marginalisierter Menschen, die jegliche Perspektive, daß sich »Leistung wieder lohnt«, verloren haben und mit ihr den Glauben an die Legitimität der real existierenden Marktwirtschaft; in der Mitte eine an Kaufkraft langsam aber stetig verlierende und zunehmend existentiell verunsicherte Mittelschicht; und oben eine »abhebende« Spitze von Großverdienern, die mehr Geld scheffeln als sie je vernünftig gebrauchen können. In einem Wort: eine *Drittweltisierung* der sozialen Struktur auch der ehemals als »reich« geltenden Länder wird als unausweichlich postuliert und ist in der Tat bereits in Gang gekommen, wie die statistischen Daten insbesondere in den beiden diesbezüglich an der Spitze der Entwicklung liegenden Ländern, den USA und Großbritannien, aber im Ansatz auch in den kontinentaleuropäischen Ländern inzwischen zweifelsfrei belegen.[2]

Die der neoliberalen Doktrin verhafteten Ökonomen – und anders denkende Vertreter dieser Zunft scheint es derzeit dank der wirksamen Kooptationsmechanismen in den akademischen Berufungsverfahren bald kaum mehr zu geben – flüchten sich angesichts dieser für sie unangenehmen Datenlage (sofern sie in ihrer »rein« ökonomischen Systemlogik *sozial*ökonomische Daten überhaupt zur Kenntnis nehmen) üblicherweise in *langfristökonomische* Argumentationsstrategien nach dem Motto: Wir müssen *jetzt* ökonomisch »überflüssige« Arbeitsplätze abbauen, um *später* ebensolche in nachhaltiger Weise neu zu schaffen. In merkwürdig phantasieloser, immer gleicher Weise wird der Bock der

---

[2] Für eine Fülle internationaler empirischer Belege vgl. *Horst Afheldt*, Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, München 1994; *Lester Thurow*, The Future of Capitalism. How Today's Economic Forces Will Shape Tomorrow's World, London 1996.

grenzenlosen Produktivitätssteigerung und der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen gleich selbst zum Gärtner der Schaffung neuer Arbeitsplätze macht. Die unterstellte Marktlogik soll im Prinzip in folgender Weise funktionieren: (1.) Die »Deregulierung« der Wirtschaft, v.a. die des Arbeitsmarktes, wird sich (2.) in (Lohn-) Kostensenkungen niederschlagen, die sich (3.) betriebswirtschaftlich als sogenannte »Produktivitätssteigerung« rechnen; das soll dann (4.) die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, diese wiederum (5.) Exportsteigerungen bewirken und damit (6.) zu Wirtschaftswachstum der Binnenwirtschaft führen, was am Ende der Kette irgendwann in Zukunft angeblich (7. – magische 7!) »Arbeitsplätze schaffen« wird.

Die unerschütterliche Gewißheit und Fortschrittsgläubigkeit, mit der diese marktradikale, makroökonomisch keineswegs besonders gut fundierte[3] Langfristlösung des Beschäftigungsproblems bisweilen verkündet wird, erinnert auffallend an die klassische deistische Lösung des *Theodizeeproblems*: Die Welt ist zur Zeit nicht gut, aber sie sollte doch als Schöpfung Gottes gut sein. Die Aufhebung des Widerspruchs liegt bekanntlich in der Verzeitlichung des Problems: Der Schöpfer hat die Welt so eingerichtet, daß sie *auf dem Wege* ist, daß alles gut wird, wenn wir nur der natürlichen Ordnung des Schöpfers nicht ins Handwerk pfuschen. Als Gewährsinstanz der »natürlichen« Wirtschaftsordnung braucht dann nur noch die »unsichtbare Hand« des Marktes betrachtet zu werden, und schon kommt die kryptoreligiöse Tiefenstruktur der neoliberalen *Marktvergötterung* zum Vorschein.[4] Es ist diese untergründige

---

[3] Vernachlässigt werden insbesondere die makroökonomischen Kreislaufeffekte der sinkenden Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten auf die Binnennachfrage und damit auch auf die Binnenwirtschaft, die trotz der Globalisierung in allen Ländern nach wie vor die große Mehrheit der Arbeitsplätze bereitstellt. Unberücksichtigt bleiben auch Währungseffekte, die die Anstrengungen zur einseitigen Steigerung der Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Regel teilweise negativ kompensieren. Und ganz ausgeblendet werden die sozialen Verteilungseffekte und ihre großenteils beim Staat anfallenden sozialpolitischen Folgekosten; darauf kommen wir weiter unten noch zurück.

[4] Diese in die Zeitachse projizierte Lösung des Theodizeeproblems läßt sich noch besonders gut in der fortschrittsoptimistischen, liberalen politischen Ökonomie von *Adam Smith* erkennen. Vgl. dazu im einzelnen *Heinz-Dieter Kittsteiner*, Ethik und Theologie: Das Problem der ›unsichtbaren Hand‹ bei Adam Smith, in: *Franz-Xaver Kaufmann/Hans-Günter Krüsselberg (Hrsg.)*, Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt a.M. 1984, 41–73. Vgl. auch *Martin Patzen*, Zur Diskussion des Adam-Smith-Problems – ein Überblick, in: *Arnold Meyer-Faje/Peter Ulrich (Hrsg.)*, Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie, Bern/Stuttgart 1991, 21–54, hier 47ff.

»providentielle Deutung des ökonomischen Kosmos«,[5] die *Max Weber* als den Kern des inneren Zusammenhangs zwischen der protestantischen Ethik und dem »Geist des Kapitalismus« erhellt hat.
Während sich nicht nur (immer schon) die katholische Soziallehre, sondern längst auch die evangelische Wirtschafts- und Sozialethik von einer solchen naturrechtlich-deistisch zu verstehenden *Metaphysik des Marktes* mit aller wünschbaren Deutlichkeit distanziert hat, feiert diese heute in einer von ihrem geistesgeschichtlichen Fundament abgespaltenen, sich ganz »sachlich« gebenden Denkmuster Urstände: im Denkmuster des *Ökonomismus*. An ihm prallen zur Zeit fast alle Ansätze und Vorschläge einer anderen Arbeitspolitik ohnmächtig ab. Die auf ihm beruhende neoliberale Rezeptur ist auch in ideologischer Hinsicht Teil des Problems, nicht der Lösung. Was daher not tut, bevor eine neue, ideologiefreie und wirklich sachgerechte Sicht der Problematik sich Bahn brechen kann, ist zunächst eine hinreichend präzise wirtschaftsethische Ökonomismuskritik.

II. Ökonomismuskritik: Wider die These, eine »freie« Marktwirtschaft sei an sich sozial

Ökonomismus ist der fundamentalistische Glaube an nichts als die Logik des Marktes; damit einher geht die Verabsolutierung der Effizienz (ökonomische Rationalität) zum Inbegriff der Vernunft schlechthin und die normative Überhöhung des Zwangs zur Selbstbehauptung unter den Bedingungen des Wettbewerbs zum Ethos einer ganzen (unternehmerischen) Lebensform:

»Es ist nicht nur ›Geschäftsklugheit‹, was da gelehrt wird ... es ist ein Ethos, welches sich äußert.«[6]

Der Begriff des Ökonomismus ist als solcher nicht neu, er geht auf den Sozialökonomen *Gerhard Weisser* zurück, der bereits in den 50er Jahren den entscheidenden Punkt, nämlich den Circulus vitiosus ökonomistischer Politikberatung, treffsicher bestimmt hat:

»Wie gelangen wir zu Postulaten für die Wirtschaftspolitik? Eine auch heute noch weit verbreitete Meinung glaubt, daß die Postulate zur Gestaltung des Wirtschaftslebens aus

---

[5] So *Max Weber*, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904), in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen 9. Aufl., 1988, 17–206, hier 172.

[6] *Weber*, Protestantische Ethik, 33.

unserem Wirtschaftsdenken gewonnen werden können und müssen. (...) Diese Meinung nennen wir Ökonomismus.«[7]

Ganz in Übereinstimmung mit *Weisser* hat schon 1955 auch *Oswald von Nell-Breuning* gegen den marktradikalen Neoliberalismus eingewendet, daß »die Maßstäbe, nach denen die Wirtschaftspolitik sich auszurichten hätte, *nicht aus der Wirtschaft selbst* gewonnen werden können.«[8] Sonst kommt es nämlich zur Instrumentalisierung der Politik und der gesamten Gesellschaft für die verselbständigten Zwecke des Wirtschaftssystems und damit zu einer eigensinnigen, leerdrehenden Systemdynamik, die letztlich lebenspraktisch widersinnig wird.[9]

Der ökonomistische Zirkel zeigt sich vor allem im neoliberalen Verständnis von *Ordnungspolitik*. Diese soll ja eigentlich die normativen Rahmenbedingungen und Spielregeln bestimmen, unter denen privatwirtschaftliche Markttransaktionen gesellschaftlich *legitim* und *sinnvoll* sind. Nach neoliberaler Auffassung soll sich nun aber auch noch die Gestaltung der Rahmenordnung des Marktes primär an rein ökonomischen Kriterien der Effizienz und insbesondere der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichten. Dann aber bleibt für außerökonomische, ethisch-politische Gesichtspunkte einer »wohlgeordneten Gesellschaft«, wie *John Rawls*[10] das Leitbild des *politischen* Liberalismus nennt, schon im Ansatz kein Raum. Neoliberale Ordnungspolitik zielt daher im Endeffekt nicht auf die ethisch-politische Ordnung *des* Wettbewerbs, sondern auf die Ordnung der gesamten Gesellschaft *durch* Wettbewerb, und damit auf eine totale Markt*gesellschaft* statt auf eine sozial eingebettete Markt*wirtschaft*. Diese ökonomistische Verkehrung der Rangordnung zwischen politischer Ethik und ökonomischer Logik hat in der Forderung nach der »Marktkonformität« aller wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsmaßnahmen ihren symptomatischen Ausdruck gefunden; darin ist der eigentliche ordnungsethische Sündenfall zu erblicken, dem nicht nur und nicht erst die heutigen marktradikalen Neoliberalen, sondern leider schon

---

[7] *Gerhard Weisser*, Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft (1954), wiederabgedr. in: *ders.*, Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Göttingen 1978, 573–601, hier 574.

[8] *Oswald von Nell-Breuning*, Neoliberalismus und katholische Soziallehre, in: *P. M. Boarman (Hrsg.)*, Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart/Köln 1955, 101–122, hier 119.

[9] Zum demgegenüber aus wirtschaftsethischer Sicht unaufgebbaren Primat der Politik vor der Logik des Marktes vgl. *Peter Ulrich*, Demokratie und Markt. Zur Kritik der Ökonomisierung der Politik, in: JCSW 36 (1995) 74–95.

[10] Vgl. *John Rawls*, Die Idee des politischen Liberalismus, Frankfurt 1992, 87ff. Damit ist auf die paradigmatischen Differenzen zwischen philosophisch tragfähigem politischem Liberalismus und ökonomistisch verkürztem Wirtschaftsliberalismus verwiesen.

die sich von ihnen sonst abgrenzenden Ordoliberalen (namentlich *Alexander Rüstow* und *Wilhelm Röpke*) und ebenso die Begründer der offenen Stilform der Sozialen Marktwirtschaft (namentlich *Alfred Müller-Armack*) erlegen sind.[11] Wohin das führt, sei exemplarisch an einer Äußerung von *Walter Eucken*, dem Ordoliberalen mit den ausgeprägtesten neoliberalen Neigungen, demonstriert. Am Anfang eines Abschnitts über »Die Politik zur Ordnung der Wirtschaft als Sozialpolitik« schreibt er:

»Die Herstellung eines funktionsfähigen Systems zur Lenkung der arbeitsteiligen Wirtschaftsweise ist .. die wichtigste Voraussetzung für die Lösung aller (sic!) sozialen Probleme.«[12]

Wenige Seiten später folgt die (ökonomistisch verkürzte) sozialpolitische Quintessenz:

»Soziale Gerechtigkeit sollte man also durch Schaffung einer funktionsfähigen Gesamtordnung und insbesondere dadurch herzustellen suchen, daß man die Einkommensbildung den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterwirft.«[13]

Soziale Gerechtigkeit erscheint damit ganz in altliberaler, marktmetaphysischer Tradition als die von einer »unsichtbaren Hand« verbürgte, automatische *Folge* einer strikten Wettbewerbspolitik statt als die unverzichtbare gesellschafts- und sozialpolitische *Vorgabe* an den Markt. Was unter dem ökonomistischen *Denkzwang* der Marktkonformität sozialpolitisch »möglich« bleibt, sind allenfalls *Kompromisse* zwischen Markteffizienz und ethisch-politischen Gesichtspunkten. Immer aber gehen letztere gemäß dem zugrundegelegten Verständnis von »sauberer« Ordnungspolitik *auf Kosten* der Markteffizienz; es ist daher in der neoliberalen Sichtweise angelegt, dem Wohlfahrts- und Sozialstaat die Sündenbockrolle für die angeblich oder tatsächlich nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Volkswirtschaften anzulasten, viel mehr jedenfalls als etwa der Vermachtung des Wettbewerbs durch die Unternehmenskonzentration oder anderen Standortfaktoren.
Wer in den gegenwärtigen, wirtschaftlich schwieriger gewordenen Zeiten auf die gemeinhin als bewährt bezeichnete Konzeption der *Sozialen Marktwirtschaft* verweist und bei ihren Vordenkern ein wirksames

---

[11] Zur paradigmatischen Abgrenzung zwischen Ordo- und Neoliberalismus, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, vgl. *Ulrich*, Demokratie und Markt (Anm. 9). Für eine gründlichere Entfaltung der nachfolgenden Überlegungen vgl. *ders.*, Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern/Stuttgart 1997, darin Kap. 9 (im Erscheinen).

[12] *Walter Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik (1952), 6. durchges. Aufl., *hrsg. v. E. Eucken/K. P. Hensel*, Tübingen 1990, 314.

[13] *Eucken*, Grundsätze, 317 (Hervorhebungen P. U.).

sozialethisches Gegenmittel gegen die neoliberale Doktrin sucht, wird von ihnen nicht weniger enttäuscht als von den Ordoliberalen. *Alfred Müller-Armack* als der theoretische Begründer der Sozialen Marktwirtschaft hat die ökonomistische Verkürzung des Verhältnisses von Wettbewerbs- und Sozialpolitik, wie Eucken sie vornimmt, keineswegs überschritten; er gibt sich nur pragmatischer. So verlangt auch *Müller-Armack* ausdrücklich, daß

»soziale Umschichtungen .... dem Grundsatz der Marktkonformität unterworfen werden, das heißt, daß hinter den Eingriffen der staatlichen Wirtschaftspolitik die Funktionsweise des Marktes ... nicht gestört (sic!) und, wenn möglich, gar noch verbessert wird.«[14]

Wenn er sich gelegentlich umgekehrt *gegen* einen »den Wettbewerbsmechanismus als ausschließliches Gestaltungsprinzip betrachtenden Neoliberalismus«[15] äußerte oder vage davon sprach, »daß die Marktwirtschaft einen guten Teil nicht marktkonformer Maßnahmen ohne Einbuße ihres Wesens ertragen kann«[16], so bestätigt das letztlich nur, daß seine »irenische Formel«[17] einer sozialen Marktwirtschaft einer konsistenten theoretischen bzw. wirtschaftsethischen Grundlegung ermangelt und deshalb jetzt, wo es wirklich darauf ankäme, keine klare und begründete ordnungs- und sozialpolitische Orientierung zu geben vermag. Dieser heute offenkundige Sachverhalt findet seine Bestätigung darin, daß *Müller-Armack* den »nicht-marktkonformen Maßnahmen« nur die Rolle einer *kompromißhaften*, additiven »Ergänzung«[18] zubilligte. So verwundert es kaum, daß etwa *Horst Friedrich Wünsche*, der heutige Referent der Ludwig-Erhard-Stiftung (Bonn), die sich als Verwalterin des Erbes der Sozialen Marktwirtschaft versteht, sich die Vermittlung zwischen Sozialpolitik und Wettbewerb offenbar nur noch als Kompromiß zwischen zwei bestenfalls gleichrangigen Anliegen vorstellen kann:

»Wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit sollen optimal, in einem Kompromiß, manche sagen: ›dynamisch‹, erreicht werden.«[19]

---

[14] *Alfred Müller-Armack*, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart 1974, 120f (Hervorhebungen i. Orig.).

[15] *Müller Armack*, Genealogie, 148.

[16] *Müller Armack*, Genealogie, 123.

[17] *Müller Armack*, Genealogie, 150 und 225.

[18] *Müller-Armack*, Genealogie, 132. Zur Kritik vgl. auch *Siegfried Katterle*, Alternativen zur neoliberalen Wende, Bochum 1989, 40.

[19] *Horst F. Wünsche*, Verlorene Maßstäbe in der Ordnungspolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 35, Tübingen 1990, 53–74, hier 57. Im Adjektiv »optimal«, das in diesem Kompromißdenken etwas merkwürdig erscheint, kommt übrigens die Verhaftung des Ökonomismus in der die neoklassisch-neoliberale Ökonomik noch immer durchziehenden utilitaristischen Fiktion eines für alle Betroffenen volkswirtschaftlichen Optimums zum Ausdruck (Gemeinwohlfiktion).

Von da aus ist der gedankliche Irrweg nicht mehr weit zur Diskreditierung der Sozialen Marktwirtschaft als eines *faulen* Kompromisses, wie sie von marktradikaler Seite in jüngster Zeit immer offener suggeriert wird, beispielsweise von *Gerard Radnitzky*.[20] Als »möglich« gilt dieser Seite heute nur noch eine kompromißlose »Marktwirtschaft ohne Adjektive« (Vaclav Klaus), auch »freie« Marktwirtschaft genannt. Die für den Ökonomismus charakteristische normative Überhöhung der Logik des Marktes findet dann in folgendem neoliberalen Credo zur Sozialpolitik ihre Pointe: *»Die freie, private Marktwirtschaft ist an sich sozial.«*[21]
Es war wiederum Oswald von Nell-Breuning, der schon 1955, lange vor der heutigen Dominanz der neoliberalen Doktrin und leider von dieser gänzlich unbeachtet, die ökonomistisch verkehrte Ordnung der Dinge vom Kopf auf die Füße stellte:

»Der Satz, eine gute Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik, stellt unseres Erachtens die Dinge genau auf den Kopf. Richtig muß es heißen: ob eine Wirtschaftspolitik gut oder schlecht ist, bestimmt sich danach, wieviel oder wie wenig sie beiträgt zu einer befriedigenden, an ethisch-kulturellen Maßstäben gemessen positiv zu bewertenden Gestaltung des sozialen Lebens.«[22]

Dem ist im Prinzip nichts hinzuzufügen, außer daß der gesellschafts- und sozialpolitische Gestaltungsanspruch einer *legitimen* Marktwirtschaft in der heutigen Zeit der Globalisierung der Märkte die Etablierung einer supranationalen, letztlich globalen Rahmenordnung des Wettbewerbs erfordert, die sich diesen allgemeinverbindlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der »Lebensdienlichkeit«[23] unterstellt.
Warum aber ist eine gerechte Sozialordnung eindeutig als normative *Voraussetzung* einer legitimen Marktwirtschaft zu begreifen? Was genau spricht, von den (nicht eindeutig einem einzigen Kausalfaktor zuzuordnenden) empirischen Mißerfolgen einmal abgesehen, aus wirtschaftsethischer Hinsicht eigentlich gegen die reine (Arbeits-)Marktlösung insbesondere des Beschäftigungsproblems?
Die nötige Ideologiekritik des ökonomistischen Marktradikalismus, also des Vertrauens auf den »freien« Markt, kann hier aufgrund der komplexen dogmen- und theoriegeschichtlichen Zusammenhänge nur ange-

---

[20] Vgl. z.B. *Gerard Radnitzky*, Marktwirtschaft: frei oder sozial?, in: *ders./Hardy Bouillon (Hrsg.)*, Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Berlin/Heidelberg 1991, 47–75.

[21] *Radnitzky*, Marktwirtschaft, 53.

[22] *Nell-Breuning*, Neoliberalismus (Anm. 8), 118 (Hervorhebungen i. Orig.).

[23] Den schönen Begriff der Lebensdienlichkeit übernehme ich von *Arthur Rich*, Wirtschaftsethik, Bd. II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialethischer Sicht, Gütersloh 1990, 21f.

deutet werden.[24] Der im vorliegenden Zusammenhang wohl entscheidende ideologische Punkt liegt bei der Ausblendung des sogenannten *Status-quo-Problems* von Marktlösungen, d.h. der »gegebenen« Ausgangsverteilung bezüglich Macht und Ressourcen unter den Wirtschaftssubjekten. Der Vorteil der Geschäftspartner einer Markttransaktion ist immer nur *relativ* zum Status quo zu verstehen; Machtverhältnisse schlagen daher voll auf die Marktergebnisse durch, wie man derzeit auf dem Arbeitsmarkt besonders deutlich erkennen kann. Wenn beispielsweise bei sogenannten Änderungskündigungen von Arbeitsverträgen, wie sie in den USA, in Großbritannien und in anderen Ländern längst gängig sind, die Betroffenen in einen neuen Arbeitsvertrag zu deutlich schlechteren Bedingungen einwilligen, so kommen darin schlicht die veränderten *Machtverhältnisse* zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Die Deregulierung der Märkte, insbesondere des Arbeitsmarktes, ist daher gleichbedeutend mit dem nicht ganz wertfreien Ziel, dem Recht des Stärkeren Geltung zu verschaffen (Sozialdarwinismus). Der »freie« Markt ist also, entgegen der marktmetaphysischen Gemeinwohlfiktion, nicht für alle gleichermaßen »effizient«, und er macht auch keineswegs alle gleichermaßen »frei«. Deshalb sind in der Regel nur die wirtschaftlich Starken für »mehr Markt« oder für internationalen Freihandel.

Mit *Gerechtigkeit* hat ein solches Verständnis des marktverbürgten Gemeinwohls nichts zu tun, denn Gerechtigkeitsfragen beziehen sich ja gerade auf die Legitimität des Status quo, also der sozialen Ausgangsbedingungen der Tausch- bzw. Arbeitsverträge im Markt. Die soziale Harmonie in der Gesellschaft, die der Ökonomist vom »freien« Markt als wunderbares *Ergebnis* erwartet, erweist sich bei ideologiefreier, realistischer Betrachtung vielmehr als die grundlegende *Voraussetzung* legitimer Marktwirtschaft. Die Konsequenz ist einfach, aber folgenreich: *Legitime Marktwirtschaft braucht ethisch-politische Vorgaben*, die nicht auch noch zirkulär auf rein ökonomische Effizienz- oder Nutzenkategorien reduziert werden können, sondern eminent gesellschaftspolitischer oder – wie die Ordoliberalen es einst treffend nannten – »vitalpolitischer«[25] Art sind, also unmittelbar in lebensweltlichen Kategorien zu bestimmen sind:

---

[24] Für systematische Ökonomismuskritik vgl. *Ulrich*, Demokratie und Markt (Anm. 9); demnächst eingehender *ders.*, Integrative Wirtschaftsethik (Anm. 11), Kap. 4 und 5.

[25] Vgl.: z B. *Alexander Rüstow*, Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft, in: *P. M. Boarman (Hrsg.)*, Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart/Köln 1955, 53–74.

Vitalpolitik kommt vor Wettbewerbspolitik, Gerechtigkeit vor Effizienz. Quod erat demonstrandum.

III. Konturen einer lebensdienlichen Arbeits- und Sozialpolitik

Soll der bereits in Gang gekommene Prozeß sozialer Desintegration nicht einfach resignativ hingenommen oder allein machtpolitisch entschieden werden, so werden heute ethisch begründete, umfassende Konzepte einer legitimen *Arbeitspolitik* jenseits »reiner« Arbeits*markt*lösungen vordringlich. Der noch ungewohnte Begriff »Arbeitspolitik« soll signalisieren, daß es in Zukunft um viel mehr als um herkömmliche, bloß auf quantitatives Wirtschaftswachstum setzende Beschäftigungspolitik geht, nämlich um die »vitale« *sozial*ökonomische Aufgabe, dem oben begründeten Primat der Gerechtigkeit vor der Markteffizienz in der Arbeitswelt Geltung zu verschaffen. Arbeitspolitik ist zu verstehen als die komplexe gesellschaftspolitische Aufgabe, auf der Basis tragfähiger Grundsätze einer human-, sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß die Erwerbsarbeit im Leben *aller* Individuen einen sinnvollen Platz einnehmen kann.[26]
Arbeitspolitik, so verstanden, ist die Konsequenz aus der Einsicht, daß es einerseits keine reine Marktlösung des Arbeitslosigkeitsproblems gibt und andererseits eine bloß folgenkompensierende Sozialpolitik, die der Arbeitsmarktentwicklung ohnmächtig hinterher rennt, nicht hinreichend sein kann. Arbeitswelt ist Lebenswelt; eine lebensdienliche Arbeitspolitik ist daher das Kernstück einer *präventiven* Sozialpolitik. Sie ist von Grund auf unter normativen Gesichtspunkten des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens der Menschen zu begründen. Dabei sind zwei Aspekte zu beachten: Die Chance auf Erwerbsarbeit ist in einer Marktgesellschaft einerseits eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sich die Indivi-

[26] Vgl. zu dieser in mir Vorträgen seit 1994 verwendeten Definition der Arbeitspolitik *Peter Ulrich,* Müssen wir die Arbeit neu verteilen? Vier Thesen zu einer zukunftsfähigen Arbeitspolitik, in: Arbeitsblätter, *hrsg. v. Schweizerischen Arbeitskreis für ethische Forschung,* Nr. 34 (1995) 41–53. Offenbar unabhängig davon hat *Martin Kempe* im Nachwort zur deutschen Ausgabe von *Jeremy Rifkin,* Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York 1995, 228, den Begriff der Arbeitspolitik in gleichgerichtetem Sinne definiert als »eine Neugestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens mit dem Ziel der Teilhabe aller an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Inhalt, Form und Menge der Erwerbsarbeit dürfen nicht nur nachgeordnete Größen des marktwirtschaftlichen Prozesses sein, sondern müssen selbst zum Gegenstand gestaltender Politik gemacht werden.«

duen oder Lebensgemeinschaften die benötigte Kaufkraft für ihre materielle Existenzsicherung durch eigene Leistung verschaffen können. Die Teilnahme an der gesellschaftlich geteilten Arbeit ist andererseits aber auch ein bedeutsamer Erfahrungsort menschlicher Fähigkeits-, Identitäts- und Persönlichkeitsentfaltung; sie gibt uns die Möglichkeit, ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu sein; auf ihr beruhen in der Regel zu einem wesentlichen Teil unsere sozialen Beziehungen und im günstigen Fall auch unser gesundes Selbstbewußtsein. Allzu vieles hängt somit von der Erwerbsarbeit ab, was im Falle der Arbeitslosigkeit materiell nicht »entschädigt« werden kann. Psychosomatische Erkrankungen, Erscheinungen der sozialen Desintegration (Sozialzerfall) und letztlich die Gefährdung des sozialen Friedens in der Gesellschaft sind daher die ernstzunehmenden Begleitsymptome einer Arbeitsgesellschaft, der für einen wachsenden Teil der Bevölkerung die Arbeit auszugehen droht.
Gerade der Einbezug dieser sozialökonomischen Folgewirkungen in die Problembetrachtung macht deutlich, daß eine an Gesichtspunkten des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens der Menschen orientierte Arbeits- und Sozialpolitik nicht notwendigerweise »unwirtschaftlich« oder volkswirtschaftlich unbezahlbar zu sein braucht. Im Gegenteil wird auf die Dauer wohl nur eine Arbeits- und Beschäftigungspolitik finanzierbar sein, die ihre eigenen (erzeugten oder vermiedenen) sozialen Folgekosten – von der Arbeitslosenunterstützung über die Fürsorge bis zu den schwer erfaßbaren Kosten der erwähnten Sekundäreffekte, die in ganz anderen gesellschaftlichen Bereichen anfallen (als medizinische Kosten im Gesundheitswesen, Kriminalitäts- bzw. Sicherheitskosten des drohenden »Sozialpolizeistaats«,[27] usw. usf.) – mitberücksichtigt und nicht erst bei den Symptomen, sondern bei den strukturellen Ursachen »kostendämpfend« ansetzt. Dabei zeigen diese Überlegungen auch, daß es in der vordergründigen Debatte um die angeblich oder tatsächlich unbezahlbar werdenden Kosten des Sozialstaats hintergründig immer schon um eine viel tiefergreifende Auseinandersetzung geht, nämlich um die möglicherweise epochale Weichenstellung zwischen *zwei konträren Gesellschaftsmodellen*:
– Auf der einen Seite steht das *autoritär-karitative* Konzept jener neokonservativen Wirtschaftsliberalen, die die totale Marktgesellschaft

[27] Zur Horrorvision eines »Sozialpolizeistaats«, der die strukturell ohnmächtigen, von sozialstaatlichen Leistungen abhängigen Bürger zugleich weitgehend entmündigt und ruhigstellt, vgl. *Joseph Huber*, Zwischen Supermarkt und Sozialstaat: Die neue Abhängigkeit des Bürgers, in: *Ivan Illich u.a.*, Entmündigung durch Experten, Reinbek 1979, 129–155.

und mit ihr das sozialdarwinistische Recht des Stärkeren befürworten, lautstark gegen das »Gießkannenprinzip« des Sozialstaats polemisieren und Sozialleistungen nur noch »gezielt« für die »wirklich Bedürftigen« einsetzen wollen,[28] wobei die Crux natürlich darin liegt, daß die Nicht-Bedürftigen und Mächtigen bestimmen, wer in welcher Hinsicht bedürftig ist.

– Auf der anderen Seite steht das wahrhaft liberale, *emanzipatorische* Konzept einer noch nirgends voll entfalteten Bürgergesellschaft *(civil society)*, die der sozialpolizeistaatlichen Entmündigung von immer mehr Menschen hartnäckig den real gefährdeten, aber ideell unüberbotenen Anspruch einer wohlgeordneten Gesellschaft freier, gleichberechtigter und mündiger Bürger entgegenhält und die zeitgemäße Weiterentwicklung dieses aufklärerischen Entwurfs unter den sich gegenwärtig radikal verändernden sozioökonomischen Voraussetzungen postuliert: *Bürgerrechte auf Arbeit und Existenzsicherung statt »milde Gaben« für Bedürftige.*

An der dezidierten Bevorzugung dieses zweiten, emanzipatorischen Weges gegenüber dem autoritär-karitativen (Rück-) Weg, den neokonservative Kreise gehen wollen, erkennt man heute die wahrhaft liberal denkenden Köpfe, wie beispielsweise *Ralph Dahrendorf*,[29] der in Deutschland zu den frühesten und dezidiertesten Vordenkern einer Zivilgesellschaft mit erweiterten Bürgerrechten für alle gehört. In diesem gesellschaftspolitischen Entwurf geht es im Gegensatz zum ökonomistischen Ansatz darum, *primär nicht den Markt, sondern die Menschen frei zu machen.* Und das bedeutet praktisch: Statt wie im alten ökonomistischen Fortschrittskonzept alles auf die Karte der fortwährenden Intensivierung des Wettbewerbs (zwecks Steigerung der Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit) sowie der Extensivierung des Marktes auf alle Lebensbereiche (Durchökonomisierung der Gesellschaft) zu setzen, wird das zukunftsträchtigere und lebensdienlichere arbeits- und gesellschaftspolitische Ziel gerade umgekehrt in der wenigstens partiellen Emanzipation der Menschen aus den immer härteren

---

[28] So z.B. *David de Pury/Heinz Hauser/Beat Schmid (Hrsg.)*, Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz, Zürich 1995, 61. Dieses von mehr als einem Dutzend namhafter schweizerischer Wirtschaftsführer mitverfaßte oder mitunterzeichnete neoliberale Manifest hat im Land eine breite und lebhafte wirtschafts- und sozialpolitische Debatte ausgelöst.

[29] Vgl. *Ralf Dahrendorf*, Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: *B. Guggenberger/K. Hansen (Hrsg.)*, Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993, 74–83; *ders.*, Über den Bürgerstatus, in: *B. van den Brink/W. van Reijen (Hrsg.)*, Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt 1995, S. 29–43.

Selbstbehauptungszwängen des (Arbeits-) Marktes erkannt. Wenn die Menschen nämlich erst einmal existentiell weniger abhängig sind vom Arbeitsmarkt, wird auch der derzeit explodierende Bedarf nach kompensatorischer sozialstaatlicher Unterstützung *ursächlich* abnehmen. Die ökonomische Rationalität spricht also ebenso wie die ethische Vernunft durchaus dafür, endlich die Passivität gegenüber der eigensinnig gewordenen – und zunehmend lebenspraktisch unsinnig werdenden – »Sachlogik« der Arbeitsmarktentwicklung zu überwinden und ernsthaften *arbeitspolitischen Gestaltungswillen* in Richtung des angedeuteten emanzipatorischen Weges zu entwickeln.

Wo ein politischer Wille ist, wird sich auch eine Vielzahl praktischer Ansatzpunkte zu konkreten Schritten finden. Ich beschränke mich hier auf den oben schon angesprochenen, m.E. grundlegenden Gedanken der Institutionalisierung neuer *Wirtschaftsbürgerrechte*[30]. Wirtschaftsbürgerrechte zielen auf die Gewährleistung der sozialökonomischen Voraussetzungen, durch die die Bürger in die Lage versetzt werden, ihre formale Freiheit und ihren Status als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft – also Bürgerrechte, die ihnen in einem demokratischen Rechtsstaat immer schon zustehen – real wahrnehmen zu können und somit *real frei*[31] zu sein von unverschuldeter, entmündigender Abhängigkeit. Entsprechende sozialökonomische Bürgerrechte können an zwei zum Teil alternativen, zum Teil sich ergänzenden Punkten ansetzen:

– Zum ersten bietet sich die Möglichkeit an, ein *erwerbsunabhängig garantiertes Grundeinkommen* für alle Bürger zu gewährleisten, sei das als bedingungslos gewährtes »Bürgergeld«[32] oder, zunächst wohl naheliegender, mittels des Konzepts der negativen Einkommenssteuer:[33] Wenn das Einkommen gemäß Steuererklärung ein zu definierendes Existenzminimum unterschreitet, so erhält nach diesem Konzept der Betroffene Subjekthilfe, und zwar unabhängig von den Ursachen des zu geringen Einkommens. Gerade wer, wie die Verkünder der neoliberalen Doktrin,

---

[30] Zum Begriff, zur Begründung und zur Ausgestaltung von Wirtschaftsbürgerrechten vgl. *Ulrich*, Integrative Wirtschaftsethik (Anm. 11), Kap. 7.3.

[31] Zum Konzept der realen (statt bloß formalen) Freiheit vgl. *Philippe van Parijs*, Real Freedom for All. What (if anything) can justify capitalism?, Oxford 1995.

[32] Die gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich bisher am gründlichsten durchdachte und argumentativ stärkste Konzeption eines *bedingungslos* an alle bezahlten Bürgergelds hat, als größtmögliches volkswirtschaftlich tragbares, gleiches Grundeinkommen für alle (»highest sustainable basic income«), *van Parijs*, Real Freedom for All (Anm. 31), vorgelegt.

[33] Zu den Befürwortern der negativen Einkommenssteuer gehört u.a. auch *Ralph Dahrendorf*, Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen, in: Die Zeit, Nr. 4 vom 17. 1. 1986, 32.

heute »größere Lohndifferenzen« sowie die »Senkung der Mindestlöhne« volkswirtschaftlich für zwingend und damit die Entstehung einer neuen Schicht von *working poor* (wie in den USA und Großbritannien) für unvermeidlich hält, der wird, falls er an einer wohlgeordneten Gesellschaft überhaupt noch interessiert ist, eine solche partielle Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit befürworten müssen. Gerade wer das Motto »Leistung muß sich wieder lohnen« vertritt und den harten unternehmerischen Wettbewerb auch unter allen Arbeitnehmern (als Unternehmern ihrer eigenen Arbeitskraft!) postuliert, müßte, wenn er verantwortungsvoll denkt, Wert darauf legen, daß die Existenzsicherung aller Bürger unabhängig davon gesichert wird, ob sie im Wettbewerb – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – zu den »Siegern« oder den »Verlierern« gehören. Und wenn er wahrhaft liberal denkt, müßte er auch wünschen, daß die Existenzsicherung für alle unabhängig von entwürdigenden bürokratischen Verfahren der Bedürftigkeitsbeurteilung erfolgt.
– Wer aus tiefer arbeitsethischer Überzeugung oder wegen der materiell nicht zu kompensierenden Funktionen der (Erwerbs-) Arbeit für die personale und soziale Identität der Menschen keine Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit befürworten mag, dem bietet sich ein alternativer, ebenso liberaler Ansatz an, der darauf zielt, allen Bürgern die reale Möglichkeit zu gewährleisten, ihre Existenz unmittelbar durch eigene Erwerbsarbeit und Leistung zu sichern. Gemeint ist die Institutionalisierung des allgemeinen *Bürgerrechts auf eine normierte Lebensarbeitszeit.*[34] »Normiert« heißt hier, daß einerseits jedermann ein Recht auf eine *begrenzte* Erwerbstätigkeit hat, damit alle in gleichberechtigter Weise erwerbstätig sein können. Umgekehrt bleibt in diesem Konzept das Bürgerrecht auf Existenzsicherung an die *Pflicht* zur Erfüllung einer bestimmten, möglicherweise innerhalb einer zu definierenden Bandbreite liegenden Lebensarbeitszeit gebunden. Der einzelne Bürger erhält ein Lebensarbeitszeitkonto, auf dem er diese Pflicht in freier, möglichst »zeitsouveräner« Weise abarbeiten und die daraus erwachsenden Ansprüche nachweisen kann.
Wer das als bloße resignative Arbeitsumverteilung ablehnt, der scheint zu übersehen, daß die volkswirtschaftliche Produktivitätssteigerung immer schon teilweise durch fortlaufende Senkung der Lebensarbeitszeit und niemals völlig durch Wirtschaftswachstum aufgefangen worden ist.

---

[34] Als analytisch herausragender Vertreter der These, daß eine radikale gesellschaftliche Umverteilung der Arbeit in Zukunft unumgänglich wird, und der Auffassung, daß das Recht auf Existenzsicherung vom Recht auf Arbeit nicht abgekoppelt werden dürfe, vgl. *André Gorz*, Kritik der ökonomischen Vernunft, Berlin 1989, spez. 287ff.

Warum sollte dieser geschichtlich bewährte Weg heute nicht mehr sinnvoll und gerecht sein? Statt daß aus strukturellen Gründen immer mehr Menschen von der Erwerbsarbeit ganz ausgeschlossen bleiben und eine Minderheit immer mehr arbeitet, sollen alle erwerbsfähigen Personen einen fairen Anteil ihrer Lebenszeit im marktwirtschaftlichen Erwerbssystem verbringen können, der je nach dem erreichten volkswirtschaftlichen Produktivitätsstand stetig zu verkürzen ist. Zugleich gewinnen so alle Erwerbstätigen hinreichend freie Zeit für die Entfaltung auch anderer als nur der berufsorientierten Fähigkeiten und Neigungen, für Erziehungs-, Haus- und Sozialarbeit: das Leitbild ist eine *duale Lebensform für alle statt einer vertikal dualisierten, sozial gespaltenen Gesellschaft.*[35]
Zugegeben, die mit dem Recht auf Erwerbsarbeit für alle notwendigerweise verbundene, schrittweise Senkung der Normalarbeitszeit muß auf dem Hintergrund der Globalisierung heute natürlich supranational koordiniert werden, damit nicht Länder mit zu langer Normalarbeitszeit unlautere Wettbewerbsvorteile erzielen und so ihr eigenes Arbeitslosigkeitsproblem exportieren. Der Weg zu allgemeinverbindlichen arbeits- und sozialpolitischen Standards auf weltwirtschaftlicher Ebene wird lang und wohl nicht ohne Zwischenschritte gangbar sein. Nicht zuletzt setzt er voraus, daß die »global players« und die Wirtschaftsverbände darauf verzichten, die nationalen Standorte mit den üblichen Wegzugsdrohungen gegeneinander auszuspielen, und stattdessen *ordnungspolitische Mitverantwortung*[36] für die Errichtung einer human-, sozial- und umweltverträglichen Rahmenordnung des globalen Wettbewerbs übernehmen, auf der Ebene einer noch zu schaffenden Weltwirtschaftsordnung ebenso wie auf nationaler Ebene.
Welcher der beiden skizzierten Ansätze einer grundrechteorientierten, emanzipatorischen Sozialpolitik gewählt wird und welche konkrete Ausgestaltung und Ergänzung mit anderen Elementen er erfahren soll, ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft weder von Ökonomen noch von Wirtschafts- und Sozialethikern, sondern von den Bürgern zu entscheiden. Unabweisbar ist aus wirtschaftsethischer Sicht nur die Forderung, daß die Drittweltisierung, die Entstehung einer gespaltenen

---

[35] Vgl. dazu *Ulrich*, Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, Bern/Stuttgart 1986, 3. Aufl. 1993, 443ff., spez. 452ff.

[36] Zum Postulat der ordnungspolitischen Mitverantwortung der Privatwirtschaft als unabdingbarem Teil einer zeitgemäßen Unternehmensethik vgl. *Ulrich*, Integrative Wirtschafts- und Unternehmensethik, in: *Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.)*, Markt und Moral. Die Diskussion um die Unternehmensethik, Bern/Stuttgart 1994, 75–107, hier 100ff.

Gesellschaft von mehreren Bevölkerungsklassen mit gänzlich unterschiedlichen Lebenschancen und ungleichen realen Freiheitsrechten verhindert und dem Zynismus jener, die einer entsprechenden Gesellschaft gewollt oder ungewollt zuarbeiten, ethisch-politischer Gestaltungswille entgegengestemmt wird. Sonst droht der Rückfall in eine soziale Barbarei auch in den einst als »fortgeschritten« geltenden Ländern. Auf der sozialen Orientierung und Einbettung der ökonomischen Kräfte des Marktes auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu bestehen, ist daher für die Erhaltung oder Erneuerung einer *lebensdienlichen Marktwirtschaft* grundlegend und unabdingbar. Das erfordert heute ideologiefreies, lebensnahes und sozialpolitisch verantwortungsbewußtes Denken, gesellschaftliche Phantasie und vor allem den Mut des Widerspruchs gegen den ökonomistischen Zeitgeist.

Peter Ulrich, Dr. rer. pol., ist Professor für Wirtschaftsethik und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen – Hochschule für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften (HSG).